

Andreas Hermes
(1878 bis 2003)
zum 125. Geburtstag

Zusammenführen und Maßhalten

Peter Hermes

Vor 125 Jahren in Köln geboren, in einfachen Verhältnissen mit zwei Geschwistern in Köln und Mönchengladbach aufgewachsen, verdankte Andreas Hermes Erziehung und Bildung nebst guten Schulen seiner tüchtigen Mutter, die von einem wohlhabenden Bauernhof in der Voreifel stammte, und vor allem eigener Begabung und Willenskraft. Er erlernte und studierte Landwirtschaft, erhielt ein Promotionsstipendium und schrieb 1907 seine Doktorarbeit über den „Teilbau in Frankreich“. Er lernte gut und schnell Sprachen und erweiterte seinen Horizont durch Studien- und Delegationsreisen in Europa und Südamerika. So vorbereitet, lag eine Tätigkeit auf dem internationalen Gebiet der Landwirtschaft nahe, die er im Oktober 1911 in Rom als eine der drei leitenden Beamten des Internationalen Agrarinstituts (Vorgängerin der heutigen UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft – FAO) aufnahm. Damit begann seine über ein halbes Jahrhundert währende öffentliche Wirksamkeit, für die er später nach vielen Höhen und Tiefen das Leitmotiv wie folgt benannte: „Für nichts anderes und nichts weniger habe ich mich stets eingesetzt, als dass unserem Volke die unveräußerliche Grundlage christlicher Ethik erhalten bleiben möge und dass die in Gott gegründeten Menschenrechte der Gerechtigkeit, Freiheit, Würde und Ehre wieder als ein unantastbares Gut Achtung und Schutz finden mögen.“

Natürlich ahnte mein Vater im Jahre 1911 in Rom noch nicht die Dramatik

seines Lebens. Dennoch ist das, was er am 12. Januar 1945 an meine Mutter aus dem Berliner Gefängnis schrieb, in dem er auf die Vollstreckung des gegen ihn vom nationalsozialistischen Volksgerichtshof wegen Beteiligung am 20. Juli 1944 verhängten Todesurteils wartete, das Leitmotiv seiner öffentlichen Wirksamkeit geworden. Die Eroberung Berlins durch die „Rote Armee“ im April 1945 und der Zusammenbruch des Dritten Reiches retteten meinem Vater das Leben für weitere neunzehn Jahre.

Am 26. Januar 1945 schrieb mein Vater an mich: „Du wirst als Christ Dein ganzes Handeln nur durch die Gebote Gottes bestimmen lassen.“ Auch in der ersten öffentlichen Rede (3. Juni 1945) nach der Befreiung klingt dieser Grundakkord seines Lebens an: „Wenn wir uns der Aufgabe der materiellen und sittlichen Wiederaufrichtung unseres Volkes mit Erfolg unterziehen wollen, dann muss am Beginn des Weges die Sühne für die große Schuld stehen, die so manche Kreise unseres Volkes auf sich geladen haben. Wenn wir die Predigt des Hasses durch das Evangelium der Liebe ersetzen wollen, dann muss zuerst die Gerechtigkeit der Liebe den Weg bereiten. Nur so dürfen wir hoffen, jenes ewige göttliche Sittengesetz in den Herzen der Menschen zu verankern, das allein die Wahrung der unveräußerlichen Menschenwürde verbürgt.“

Mein Vater war ein gläubiger Katholik; der christliche Glaube war ihm die unerschütterliche Richtschnur seines Lebens, er posaunte ihn nicht aus und machte da-

von kein Aufhebens. Die politische Zusammenarbeit aller Christen wurde ein Hauptzweck der Gründung der CDU. Besonders im Konzentrationslager Ravensbrück und in verschiedenen Gefängnissen hatte er die tiefe Gläubigkeit evangelischer Mithäftlinge erfahren und hochschätzen gelernt. Diese „ökumenischen“ Erlebnisse und die Erfahrungen aus der Weimarer Republik waren Schlüsselemente bei der CDU-Gründung. An die Wiederbelebung des katholischen Zentrums verschwendete er schon vor 1945 keinen Gedanken. Als ich ihn einmal fragte, ob er zu Zeiten der CDU-Gründung Kontakt zum katholischen Berliner Bischof Graf Preysing gehabt habe, war seine Antwort: „Das war in dieser Sache nicht nötig; wir katholischen Laien waren die Kirche.“ So eng meines Vaters Verhältnis zu manchen deutschen Bischöfen vor 1933 gewesen war, so enttäuschend und kurzfristig empfand er die politische Einstellung mancher Bischöfe nach 1933. Den Abschluss des Reichskonkordates 1933 hielt er, wie er verschiedentlich erklärte, für einen Fehler.

Verletzt haben ihn nach 1950 Verdächtigungen aus der zweiten Reihe des deutschen Episkopates, wegen der von meinem Vater durchgesetzten Gründung nicht konfessioneller Bildungseinrichtungen für die Landjugend.

Stationen politischer Verantwortung

Die in Rom 1911 begonnene öffentliche Wirksamkeit meines Vaters endet nach einem halben Jahrhundert 1961 mit der Niederlegung der Präsidentschaft des Deutschen Raiffeisenverbandes in Bonn.

Aus dieser Zeit nenne ich einige Stationen, wobei es mir bemerkenswert erscheint, dass einige mit Krisen und Wendepunkten der Zeitgeschichte zusammenfielen.

Im März 1920 wurde er der erste Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und hatte den Übergang von

der Kriegswirtschaft nach dem Ersten Weltkrieg in eine Friedenswirtschaft zu bewältigen. Die nächsten drei Ministerjahre stellten die junge Republik vor innen- und außenpolitische Zerreißproben. Beim Kapp-Putsch musste die Reichsregierung aus Berlin fliehen, der Außenminister Rathenau wurde von Mördern erschossen, die wir heute Terroristen nennen würden, bei einer politischen Veranstaltung entging mein Vater während der Zeit des passiven Widerstandes gegen die französisch-belgische Besetzung des Ruhrgebietes nur mit knapper Not der Verhaftung durch die Franzosen. Als Reichsminister war er gegen das deutsch-russische Abkommen von Rapallo, das die deutsche Reparationsfrage unnötig erschwerte und die Atmosphäre in den Kontakten zu den Westalliierten vergiftete. Dann fuhr er als erster deutscher Reichsminister zu Reparationsverhandlungen mit der französischen Regierung nach Paris.

Als er 1923 bei einem der häufigen Regierungswechsel aus der Reichsregierung ausschied, war die junge Republik noch keineswegs sattelfest, was sie im Grunde auch bis 1933 nicht wurde, aber das „Krisenmanagement“ hatte, so gut es eben ging, nicht versagt. 1924 bis 1928 war er Zentrumsabgeordneter im Preußischen Landtag. Seit 1920 war sein Wohnsitz in Berlin. Sein Haupttätigkeitsfeld wurden die landwirtschaftlichen Organisationen; er wurde 1928 zum ersten Präsidenten der deutschen (christlichen) Bauernvereine, der Vertretung der überwiegend bäuerlichen Betriebe, und 1930 zum ersten Präsidenten des Reichsverbandes der deutschen Raiffeisengenossenschaften gewählt. Er hatte damit eine dominierende Stellung in der Landwirtschaft inne, die er bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung behielt. Er hatte die, allerdings trügerische, Hoffnung, aus einer starken berufsständischen Position heraus auf die politischen Verhältnisse

nachhaltig einwirken zu können. So lehnte er Pläne für eine Bauernpartei ab und rief alle Bauernvereine zur parteipolitischen Abstinenz auf. Nur wenn sie sich von jeglicher parteipolitischen Bindung fernhielten, könnten sie ihre Stärke als bäuerliche Standesorganisation behaupten. Das hinderte nicht, dass meinem Vater, der bis März 1933 aus dem Wahlkreis Köln/Aachen Reichstagsabgeordneter des Zentrums war, Parteinahme zu Gunsten der demokratischen Parteien des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei und fast völlige Kommunikationslosigkeit mit der „Nationalen Rechten“ (Deutschnationale und Nationalsozialisten) vorgeworfen wurde. Mit Hitler konnte meines Vaters Rechnung der mittelbaren Unterstützung demokratischer Parteien nicht aufgehen. So landeten schon bald im Jahre 1933, nach Ausschaltung meines Vaters und anderer gleich gesinnter Demokraten, alle inzwischen ihrer Selbstständigkeit verlustig gegangenen landwirtschaftlichen Organisationen im nationalsozialistischen Reichsnährstand.

Ein „professioneller Gründer“

Nach dem Ende des Dritten Reiches (und des Reichsnährstandes) gründete mein Vater mit alten und neuen Freunden aus der Landwirtschaft 1948 den Deutschen Bauernverband und den Deutschen Raiffeisenverband, deren Präsident er wurde. In den fünfziger Jahren wurde er dann noch erster deutscher Präsident des Verbandes der Europäischen Landwirtschaft. Die Liste ließe sich verlängern und würde bestätigen: Bis zu seinem achtzigsten Lebensjahr war er unbestritten der erste Mann in der deutschen Landwirtschaft. Sein Freund Fridolin Rothermel, Präsident des Bayerischen Bauernverbandes, nannte ihn einen professionellen Gründer. Alle seine „Gründungen“ haben ihn bis heute überlebt. Nicht ganz ohne Berechtigung kann man dazu auch

die im Juni 1945 in Berlin gegründete CDU rechnen.

Meines Vaters Leben hat Höhen und Tiefen durchlaufen. Wie könnte es bei einem Mann seiner Generation, einem aufrechten Demokraten und grundsatzfesten gradlinigen Politiker, der in dieser Zeit hohe Verantwortung und tiefste Demütigungen ertragen hat, auch anders sein? 1933 wurde er nach Aufgabe seines in der letzten Reichstagswahl gewonnenen Mandates verhaftet, in einem politisch motivierten Prozess verurteilt aber amnestiert und verlor alle Ämter und Einkommen (außer einer kärglichen Pension).

Zwei Jahre „verschwendete“ er Geld und Zeit mit der Anfertigung einer Rechtfertigungsschrift für die Wiederaufnahme seines Prozesses, nur um schließlich aus der Feder des Staatssekretärs im Reichsjustizministerium Roland Freisler, der ihn als Präsident des Volksgerichtshofes später zum Tode verurteilen sollte, zu erfahren, dass es nichts anzufechten gebe, da er bereits amnestiert worden sei.

Verhängnisvolle Rückkehr

Unter Zurücklassung ihrer fünf Kinder, die später nachkommen sollten, reisten meine Eltern 1936 nach Kolumbien/Südamerika, wo mein Vater Berater der dortigen Regierung wurde – eine unvollendete Emigration, da eine als vorübergehend gedachte Rückkehr nach Deutschland im Jahre 1939, um ihre Kinder nach Südamerika zu holen, durch den Kriegsausbruch zu einer endgültigen wurde.

Meine zwei Brüder waren schon in Russland gefallen, unser Haus in Berlin schon zerstört, als mein Vater im Juli 1944 erneut verhaftet, in das Konzentrationslager Ravensbrück gebracht, vor dem Volksgerichtshof wegen seiner Beteiligung am 20. Juli 1944 angeklagt, noch vor Prozessbeginn auf Anordnung Hitlers „aus dem Verhältnis eines entlassenen

Reichsministers und Ruhestandsbeamten ausgestoßen“, schließlich am 11. Januar 1945 vom Volksgerichtshof unter Vorsitz von Roland Freisler als Hoch- und Landesverräter zum Tode verurteilt wurde. Das Todesurteil war ein reines Willkürurteil, der Prozess selbst wurde von dem damaligen Reichsfinanzminister Schwerin von Krosigk unter ausdrücklicher Nennung meines Vaters mit den „politischen Säuberungsgerichten Sowjetrusslands“ verglichen.

Im Dezember 1944 und Januar 1945 erhielt ich jeweils die Erlaubnis, meinen Vater im Berliner Gefängnis zu sprechen, und den dafür notwendigen militärischen Urlaub. Diese Gespräche und sein Abschiedsbrief haben sich tief in meine Erinnerung eingegraben. Wer – wie mein Vater – im Angesicht des Todes sich so wenig von der Todesfurcht anmerken lässt, das Gespräch überlegt und überlegen führt, mir und meiner anwesenden Mutter praktische und fürsorgliche Ratschläge gibt, hinsichtlich der Zukunft dem Gespräch eine fast optimistische Note gibt, nicht mit dem Schicksal hadern, als sei sein bevorstehender Tod für einen gläubigen Christen und rechtlich handelnden aufrechten Demokraten kein furchtbares Unglück, sondern fast unvermeidbar, der bleibt ein unerreichbar erscheinendes Vorbild der Tapferkeit und Gottergebenheit.

Wir haben immer wieder gestaunt, wie viele schriftliche Zeugnisse mein Vater, dessen Hände den längsten Teil des Tages gefesselt waren, nach draußen schmuggeln konnte. Ein verständnisvoller menschlicher Wärter, mit dem meine Mutter „im Komplott“ war, war der Helfer des Transportes in jenen quälenden 100 Tagen, die zwischen Todesurteil und Befreiung aus dem Gefängnis vergingen.

Nicht weniger erstaunlich ist der Bericht des Parteibeobachters über den Volksgerichtshofprozess. Mit der Bemerkung, mein Vater stünde der Welt des Na-

tionalsozialismus im Innersten fremd gegenüber, beschönige aber nichts, spreche sachlich und offen, trete korrekt auf und sei von Freisler entsprechend vornehm behandelt worden, wird meinem Vater einerseits in gewisser Weise Respekt gezollt, andererseits aber, da eine Tatbeteiligung am 20. Juli nicht nachgewiesen war, aus der grundsätzlichen Ablehnung des Nationalsozialismus eine Gegnerschaft gefolgert, die ein todeswürdiges Verbrechen war. Hermes galt als potenziell gefährlicher Gegner und musste rechtzeitig getötet werden – das ist die Quintessenz des Todesurteils.

Zuvor, als mein Vater im Juli 1944 in das Konzentrationslager Ravensbrück gebracht worden war, waren die Vernehmungsmethoden der Gestapo durchaus Folterungen. Als ich – in Oberfähnrichsuniform der Luftwaffe – meinen Vater im August 1944 in der Polizeischule Drögen, wohin die KZ-Häftlinge aus Ravensbrück geholt wurden, sprechen durfte, sah ich die Zeichen der Folterung an Kopf und Händen. Das linke Ohr blieb für den Rest seines Lebens geschädigt.

Vorbild im Handeln und in der Haltung

Was über die vorgeblich vornehme Behandlung meines Vaters vor dem Volksgerichtshof berichtet wird, hat einen gewissen wahren Kern. Er liegt in der natürlichen Autorität, die mein Vater ausstrahlte, die Respekt forderte und auf Distanz hielt. Auch seine Gegner konnten sich dem nicht entziehen. Mein Vater war im besten Sinne des Wortes ein Herr.

Vor 20 Jahren las ich in der *Frankfurter Allgemeine Zeitung* die Zuschrift eines Studenten: „Meine Generation hätte gerne Vorbilder. Damit wäre ein Großteil unserer Generation vielleicht nicht in die melancholische Abgeklärtheit verfallen, die die Verweigerungsbewegungen prägt. Die Widerständler des 20. Juli eignen sich dafür nicht, ihre Bedingungen waren zu

extrem. [...] Doch sie behaupten die Existenz von etwas, was sehr wichtig ist: von Haltungen, die ihren Ernst nicht aus politischem Herkommen, nicht aus Übereinkunft, auch nicht aus einer bloßen Abwägung der Konsequenzen gewinnen, sondern aus der Einsicht, was Menschen zu kommen kann und was nicht [...].“

In diesem Sinne könnte Andreas Hermes wohl immer noch ein politisches Vorbild sein, gehört er doch, wie ich glaube, zu den etwa ein Dutzend politischen Persönlichkeiten, die in einer kritischen Phase deutscher Geschichte, die von der Weimarer Zeit in die Nachkriegszeit hineinreicht, mehr noch durch ihre Haltung als durch ihr Handeln prägendes Vorbild sein können.

Der Zweite Weltkrieg war noch nicht zu Ende, als mein Vater am 2. Mai 1945 – wenige Tage zuvor hatte er noch während der in den Straßen tobenden Kämpfe das Gefängnis in der Lehrter Straße verlassen können – vom sowjetischen Stadtkommandanten Bersarin mit der Verantwortung für Ernährung und Versorgung der 2,5-Millionen-Stadt Berlin betraut wurde. Dass in den nächsten Monaten in Berlin katastrophale Verhältnisse vermieden werden konnten, daran hat auch mein Vater seinen Anteil.

Und es finden sich in der Mitte Berlins, das sei mir erlaubt hinzuzufügen, Straßenschilder, deren Namen auf jene Zeit unmittelbar nach Kriegsende verweisen. Der Name von Andreas Hermes ist nicht darunter.

Gründung einer neuen Partei

Wer wie mein Vater eine zehnmonatige „Feuerprobe“ von Juli 1944 bis Mai 1945 durchstanden hat, ist nach der befreienden „Wiedergeburt“ nicht mehr der Alte. In den Schlacken des Feuers verglühten Streitpunkte und Meinungsverschiedenheiten und manches, was in der Vergangenheit wichtig erschien. Der Blick für das Wesentliche wurde schärfer, die

Skepsis gegenüber den Menschen konnte nicht mehr aus dem wachen Bewusstsein verdrängt werden. Bei meinem Vater nahm seit jener Zeit eine vorhandene natürliche Eigenschaft zu, nämlich in der Politik das Gemeinsame zu suchen, zusammenzuführen und zu einigen, wo immer das möglich war. Die unmittelbar nach der Befreiung übernommenen Aufgaben, beim Wiederaufbau in vorderster Linie mitzuwirken, waren für meinen fast 67-jährigen Vater Pflicht und Verantwortung, aber auch eine freudig ergriffene Gelegenheit, nach so langer Zwangspause wieder seine großen organisatorischen, fachlichen und diplomatischen Begabungen und Erfahrungen in die praktische Politik einzubringen. So einfach war das nicht. Deutschland war ein erobertes und besetztes Land, und die Sowjetische Besatzungszone, wozu ganz Berlin zunächst gehörte, war es noch mehr als die anderen Besatzungszonen. Im ersten Berliner Nachkriegsmagistrat wurde mein Vater zweiter Stellvertreter des Oberbürgermeisters mit den ihm bereits am 2. Mai 1945 übertragenen Zuständigkeiten. „Bürgermeister“ Hermes hatte in dem am 17. Mai vorgestellten Magistrat noch den Parteizusatz „Zentrum“. Dabei hätten es Ulbricht und die Sowjets gerne belassen, wenn nicht mein Vater und andere die durch den zweiten Befehl vom 10. Juni 1945 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, Marschall Shukow, erteilte Erlaubnis zur Bildung und Tätigkeit antifaschistischer Parteien sofort zur Gründung einer neuen Partei genutzt hätten. Mein Vater lud dazu in ein Haus von Verwandten meiner Mutter in der Platanenallee in Charlottenburg ein. Er wurde der erste Vorsitzende dieser neuen Partei, der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, die sich am 26. Juni 1945 mit einem Gründungsauftrag an „Deutsche Männer und Frauen“, also nicht nur an Berliner und

Bewohner der Sowjetischen Besatzungszone wandte; diese CDU-Gründungsurkunde ist nach meiner Ansicht eines der bedeutsamsten und würdigsten Dokumente der deutschen Parteiengeschichte. Das Original ist im Haus der Geschichte in Bonn ausgestellt. Neben meinem Vater gehörten zu den Gründern: vier spätere Bundesminister, ein späterer DDR-Ministerpräsident (Otto Nuschke), ein späterer Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, mehrere spätere Bundestagsabgeordnete und Landtagsabgeordnete – und auch der berühmte Chirurg Ferdinand Sauerbruch. Dies als Hinweis auf die gesamtdeutsche Repräsentanz und „nachhaltige“ politische Kompetenz des CDU-Gründungskreises.

Fast alle CDU-Gründer waren in der Nazizeit politischer Verfolgung ausgesetzt gewesen, zwei waren vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt worden, andere kamen aus Gefängnissen. Fast hundertjährig starb vor einem Jahr der letztlebende Mitgründer Paul Graf Yorck von Wartenburg.

Erpressungsversuch

Die CDU hatte angesichts der äußerst schwierigen Verhältnisse in der Sowjetzone einen guten Start. Mein Vater war sich im Klaren darüber, dass Sowjets und deutsche Kommunisten der politischen Betätigung der CDU enge Grenzen setzen würden; er wollte aber diese Chance nutzen, ohne sich in wichtigen Dingen den Mund verbieten zu lassen. Auch in diesem Umfeld schien die natürliche Autorität meines Vaters ihre Wirkung nicht zu verfehlen. Es wurde hingenommen, dass mein Vater in öffentlicher Rede erklärte, er habe nicht gegen eine Diktatur gekämpft, um sich einer anderen zu unterwerfen. Als er dann aber gegen das Lieblingsprojekt der Kommunisten, die Bodenreform, öffentlich und wiederholt Stellung nahm, war die Toleranzschwelle überschritten. Schon vorher hatte er sich

geweigert, seine Wohnung aus dem Westsektor in den Ostsektor Berlins zu verlegen, und sich Reisebeschränkungen unterwerfen müssen. Schließlich versprachen sowjetische Generale meinem Vater, bei Willfährigkeit und politischem Gehorsam mich, der ich in sowjetischer Kriegsgefangenschaft war, freizulassen. Als dieser Erpressungsversuch scheiterte und sein Stellvertreter im Parteivorsitz Walter Schreiber und er es ablehnten zurückzutreten, wurden beide abgesetzt. Den Befehl zur Absetzung erhielten sie am 19. Dezember 1945 durch den berüchtigten Oberst Tulpanow, der ihnen dies im Auftrag Marschall Shukows mitteilte.

Mit Unverständnis hat mein Vater später auf gut gemeinte Kritiken reagiert, er hätte doch immerhin für ein Nachgeben von den Sowjets seinen letzten noch lebenden Sohn zurückbekommen und an der tatsächlichen Entwicklung sowieso nichts ändern können.

Zum Glück ist es meinem Vater erspart geblieben, den Fortbestand der kommunistischen Bodenreform im wiedervereinigten Deutschland zu erleben. Ein britisches Militärflugzeug brachte meine Eltern zu Weihnachten 1945 von Berlin nach Bad Godesberg; im Gepäck hatte er den ersten Mitgliedsausweis der CDU. Diesen in Berlin gefundenen Namen der neuen Partei nahmen inzwischen alle in Westdeutschland entstandenen gleichgerichteten politischen Gruppierungen – außer Bayern – an. Dazu hatten sie sich auf dem von meinem Vater initiierten und organisierten ersten CDU-Reichstreffen in Bad Godesberg vom 14. bis 16. Dezember 1945 entschieden. Da die Sowjets meinem Vater die Reise nach Bad Godesberg strikt untersagt hatten, wurde dort seine vorbereitete Rede verlesen: „[...] Wenn wir (in Berlin) als Reichspartei vor das deutsche Volk getreten sind, so deswegen, weil wir damit über alle Trennungen hinweg einen Aufruf richten wollten an alle, die mit uns in den christlichen und demokrati-

schen Kreisen eine entscheidende Kraft zum deutschen Wiederaufbau erblicken [...]“

Zu einer „Reichspartei“ kam es nicht, und meines Vaters ursprüngliche Absicht, in Westdeutschland eine politische Führungsrolle – ähnlich wie in Berlin – zu erstreben, scheiterte aus verschiedenen Gründen. Für einen zweiten Platz wollte er nicht kandidieren, und Konrad Adenauer auch nicht. Was die innenpolitische Programmatik angeht, gab es zwischen Andreas Hermes und Konrad Adenauer kaum eine Divergenz. Zu Jakob Kaiser, der in Berlin als Nachfolger meines Vaters programmatisch von einem christlichen Sozialismus oder Sozialismus aus christlicher Verantwortung sprach, gingen beide auf Distanz. Die Außenpolitik als Richtungsentscheidung stand noch weit im Hintergrund. Konrad Adenauer setzte sich als Nummer eins der CDU durch. Mein Vater wurde der allseits respektierte und unangefochtene „große alte Mann der Landwirtschaft“, seine Ämter verliehen ihm zusätzlichen Einfluss auf die deutsche und internationale Politik.

So wurde er in der 1949 entstandenen Bundesrepublik Deutschland kraft seiner Autorität, Erfahrung und Spitzenstellung in den landwirtschaftlichen Organisationen Mitgestalter der Agrarpolitik und Mittler zwischen Berufsstand und Bundestag und Bundesregierung. Dass er für ein Regierungsamt in der ersten Bundesregierung nicht infrage käme, hatte er Bundeskanzler Adenauer vorsorglich geschrieben. Das hinderte ihn nicht, in den nächsten Jahren im Auftrag der Bundesregierung bei wichtigen internationalen Regierungskonferenzen die deutsche Delegation zu leiten.

Ein Bundestagsmandat erstrebte er nicht, der Vorsitz im Ernährungsausschuss des Frankfurter Wirtschaftsrates

(bis 1949) war seine letzte parlamentarische Funktion.

In der Frage der deutschen Wiedervereinigung meldete sich mein Vater in den fünfziger und sechziger Jahren wieder zu Wort, dabei zuweilen dem absurden Verdacht ausgesetzt, eine Ost-West-Schaukelpolitik zu befürworten. In einem langen Leserbrief an die *New York Times*, abgedruckt am 12. Juni 1955, schrieb er (in deutscher Rückübersetzung des englischen Textes): „[...] Die Wiederherstellung der deutschen Einheit wird nicht nur den Deutschen, sondern jedermann zugute kommen [...]. Die Mehrheit der Deutschen ist überzeugt von der Notwendigkeit der Einheit Europas, aber die Einheit Deutschlands muss zuerst kommen [...].“

Noch mit 82 Jahren forderte er anlässlich des 15. Jahrestages der CDU-Gründung in Berlin dazu auf, „von dieser Inselstadt aus Europa an das Problem des geteilten Deutschland zu mahnen“.

Für die europäische Integration war er auch wegen der, wie er glaubte, heilsamen Wirkung der festen Einbindung Deutschlands in einem dauerhaften europäischen Verbund. An der kollektiven politischen Klugheit der Deutschen zu zweifeln hatte er in seinem Leben Grund genug gehabt. Ihr autonomes Agieren einzuschränken erschien ihm daher im besten deutschen Interesse zu liegen. Was er immer wieder brandmarkte, war der Mangel an Maß, die unausrottbar erscheinende Neigung zu Maßlosigkeiten, die das deutsche öffentliche Leben von Zeit zu Zeit aus den Angeln gehoben hatte. Maßhalten in der Innen- und Außenpolitik, in der politischen Auseinandersetzung in Wort und Schrift – das hielt er bis zum Ende seines Lebens am 4. Januar 1964 für die politische Kardinaltugend.